Nummer 505

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 76. Jahrgang. Mittwoch, 29. Oktober 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage, „Kunst Welt Wissen" mit Roman sowie Aktuelle Fragen aus dem Wirtschaftsrecht.

Für Manuskripte keine Verantwortung — Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jäger, Kunst und Wissenschaften: Hans Kepper, Lokales und Sport: Gerhard Kenner. Inseratenteil: i. V.: H. Lorenz, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37 — Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12 gespalt. Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5 Rmk. Bezugspreis: Monatl. 6 Rmk. ohne Bestellgeld einschl. Rmk. 0,96 Postzeitungsgebühr (§ 8 U. St. G.) Die Zeitung erscheint i. d. Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle u. alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband od. Postanweisung. Postanweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich u. Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1930 für Amerika 7,50 $, Frankreich 155 frans. Francs, Belgien 44 Belga, Schweiz 40 schweiz. Franken, Holland 16 holl. Gulden, Dänemark 22 dän. Kronen, Schweden 27 schwed. Kronen, Norwegen 28 norweg. Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 50 span. Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schilling, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 23 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts — Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

„Hände weg von Deutschland!"

Mussolini hat mit seiner gestern von uns gemeldeten und kommentierten Rede für Revision der Friedensdiktate keine gute Presse bei der deutschen Linken. Besonders der „Vorwärts" fürchtet die Revision des Diktats von Versailles. Er überschreibt seinen Kommentar zu Mussolinis Rede in riesigen Lettern: „Mussolinis Spiel mit dem Feuer", spricht, ebenfalls in kennzeichnender Ueberschrift, von „Intrigen des internationalen Faschismus" und ruft denen, für die Mussolini mit seiner Revisionsforderung Sprecher ist, zu: „Hände weg von Deutschland!" Nach der Ansicht des führenden Organs der deutschen Sozialdemokratie ist es ein „gefährliches Spiel", das Mussolini mit einer Politik spielt, die gegen Frankreich und Jugoslawien gerichtet ist, während der Leiter der italienischen Außenpolitik gleichzeitig Fäden nach den Ländern der Besiegten spinne, nach Ungarn, nach Bulgarien, nach Deutschland. Mussolini wolle Deutschland zum Werkzeug des italienischen Imperialismus mißbrauchen. Mit dem Blick auf die wachsende Verbesserung der deutsch-italienischen Beziehungen, die von dem gleichen Wunsche nach Revision der Friedensdiktate getragen sind, verlangt der „Vorwärts" von der Reichsregierung eine „Politik, die die klare Ablehnung aller verbrecherischen Abenteuer in sich einschließt". Notwendiger als je sei „starke demokratische Führung im Reiche wie in Preußen" und „starke und klare Führung der auswärtigen Politik".

Nichts wäre der vom „Vorwärts" geführten deutschen Linken schrecklicher, als wenn es etwa in absehbarer Zeit einer von Mussolini geführten italienischen Politik, den Bemühungen einer allem Internationalismus abholden deutschen Rechtsregierung, und dem Drucke von Nationen, die an den Friedensdiktaten nicht so unmittelbar beteiligt sind wie Frankreich, gelänge, bald eine Revision der Friedensdiktate herbeizuführen. Lieber Erfüllungspolitik treiben, lieber unter dem Youngplan langsam zusammenbrechen, lieber an den offenen Wunden unnatürlicher Grenzen verbluten, als der Initiative eines Mussolini, einer Rechtsregierung Gerechtigkeit für die Nation und Erleichterung des deutschen Schicksals verdanken! Annäherung an Italien ist „verbrecherische Politik". Revisionspläne und Schaffung einer Interessengemeinschaft derer, die die Revision wollen, ist für den „Vorwärts" in den Händen eines Diktators, eines Feindes der Demokratie, „Spiel mit dem Feuer". Jetzt versucht man auch das heftige Entsetzen, das die sozialdemokratischen Parteiführer empfanden, als die Freien Gewerkschaften kürzlich, unter der Wirkung des 14. September, die Forderung nach Revision des Youngplanes aussprachen!

Diese Sozialdemokraten wollen im Dezember, wenn es nach ihnen geht, die Führung in der Reichsregierung übernehmen und die deutsche Außenpolitik noch entscheidender beeinflussen, als es meist seit dem Kriege gewesen ist! Sie wissen: Nur in einem für immer verarmten Deutschland kann das Giftgewächs des Klassenkampfgedankens gedeihen. Sie sehen den Tod dieses Gedankens voraus, wenn es dem deutschen Volke bald besser gehen sollte. Deshalb erschrecken sie vor der wachsenden Möglichkeit einer Revision des Diktats von Versailles, sie sehen den Zusammenbruch der Idee der Erfüllungspolitik und des sozialdemokratischen Einflusses auf den deutschen Wähler voraus. „Starke und klare Führung der auswärtigen Politik" ist für sie gleichbedeutend mit Demütigung und Erfüllung ad infinitum. Dieser Sorte von Außenpolitikern müssen allerdings wir zurufen: Hände weg von Deutschland!

Dr. J.

Hervé sucht Deutschland „als Verbündeten gegen die russische Gefahr".

Weitere Erklärungen zur Revisionsfrage.

Budapest, 28. Oktober.

In einer dem Pariser Korrespondenten des „Az Est" gewährten Unterredung erklärte Gustave Hervé u. a., Frankreich habe keine Angst vor den Deutschen, es gebe aber außer einem deutsch-französischen Krieg noch viele andere Möglichkeiten, die Europa in Brand setzen könnten. So bestehe insbesondere im Osten eine unmittelbare Gefahr. Die Deutschen, so erklärte Hervé, würden sich mit dem heutigen Zustand im Danziger Korridor nie abfinden. Hervé befürchtet nicht so sehr, daß Deutschland selbst Polen angreifen werde, sondern vielmehr, „daß seine Verzweiflung Polen durch Sowjetrußland angreifen lassen wird". Deshalb halte er eine Lösung für notwendig, die Deutschland versöhne und aus ihm einen Freund und Verbündeten gegen die russische Gefahr mache.

Hervé führt sodann seinen bereits bekannten Vorschlag einer Revision des Versailler und des Young-Vertrages an. Zum Schluß tritt Hervé für die Revision des Friedensvertrages von Trianon ein. Diese Revision könne jedoch seiner Ansicht nach erst nach der Revision des Versailler Vertrages erfolgen.

Vorläufige Einigung in der Berliner Metallindustrie.

Sofortige Arbeitswiederaufnahme.

Entscheidung über Lohnfragen des Schiedsspruchs einer Schlichtungsstelle überwiesen.

WTB. meldet bei Redaktionsschluß:

Unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald fanden am Dienstag im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen mit Vertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Berliner Metallindustrie statt, die mit folgender Vereinbarung endeten:

1. Die Arbeit wird sofort unter den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Maßregelungen aus Anlaß dieses Streiks finden nicht statt.

2. Die Entscheidung der im Schiedsspruch vom 10. Oktober behandelten Fragen erfolgt durch Schiedssprüche einer Schlichtungsstelle. Sie besteht aus drei Unparteiischen, die vom Reichsarbeitsminister nach Benehmen mit den Parteien ernannt werden.

3. Die Verhandlungen vor der Schlichtungsstelle sind möglichst bald zu beginnen. Die Entscheidung hat spätestens in der ersten Woche des November zu erfolgen und ist endgültig.

Am Mittwoch, den 29. Oktober, setzen sich die Betriebsräte mit den Firmen wegen der Wiederaufnahme der Arbeit in Verbindung.

*

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium, die erst um 17 Uhr stattfanden, dann aber auf 19 Uhr vertagt wurden, fanden unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers unter Hinzuziehung des Leiters der Schlichtungsabteilung, Ministerialdirektor Dr. Nemes, zunächst mit der Vertrauenskommission der Arbeitgeber statt, die aus Generaldirektor Kütten, Generaldirektor Kreuzmeier, Geheimrat Ernst v. Borsig, Rechtsanwalt Oppenheimer und Syndikus Dr. Lutz sich zusammensetzte. Nachdem in diesem Kreise etwa eine Stunde verhandelt worden war, wurden die Arbeitnehmer hinzugezogen. Die Einigung erfolgte schließlich auf einer Basis.

Wie wir hören, dürfte den Vorsitz des vereinbarten neuen Schiedsgerichts der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Braun übernehmen. Man rechnet damit, daß schon im Laufe des heutigen Mittwochs, spätestens aber am Donnerstag die Arbeit in sämtlichen Betrieben wieder aufgenommen wird und der Streik somit nach genau vierzehntägiger Dauer sein Ende erreicht hat.

Baldwin interpelliert Macdonald.

Parlaments-Auftakt in London.

Der Inhalt der englischen Thronrede.

London, 28. Oktober.

Unter Entfaltung des üblichen Zeremoniells wurde heut das Parlament durch den König eröffnet. In der von ihm verlesenen Thronrede heißt es u. a.:

„Es bereitete mir große Freude, meine Minister aus den Dominions und die Vertreter Indiens, die an der Reichskonferenz teilnehmen, zu empfangen. Ich verfolge mit tiefem Interesse den Fortschritt ihrer Arbeiten, deren befriedigendem Ergebnis ich mit Zuversicht entgegensehe. Ich hoffe, bald Vertreter der Fürsten und Völker Indiens zu begrüßen, die im Begriff stehen, mit Mitgliedern aller Parteien in beiden Häusern des Parlaments zusammenzutreffen, um die künftige verfassungsmäßige Stellung Indiens zu erwägen. Es ist meine Absicht, diese Konferenzen zu eröffnen. Meine Beziehungen mit den auswärtigen Mächten sind weiterhin freundschaftlich. Meine Regierung nahm einen aktiven Anteil an den Verhandlungen der Völkerbundsversammlung vom September. Allgemeine Vereinbarungen wurden erzielt über den kürzlich in Genf unterzeichneten Vertrag der finanziellen Unterstützung von Staaten, die Opfer eines Angriffs sind. Die Anwendung dieses Vertrages ist abhängig vom Inkrafttreten einer allgemeinen Abrüstungskonvention, die, wie ich hoffe, bald abgeschlossen werden wird." — Auf

die innerpolitischen Fragen

eingehend, widmete der König einen breiten Raum seiner Ausführungen der Frage der Arbeitslosigkeit. Die Regierung würde in ihrer bisherigen Politik auf diesem Gebiete fortfahren, mit dem Ziele, den Handel innerhalb des englischen Reiches und mit dem Auslande auszubauen und zu steigern und weitere Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer größeren Leistungsfähigkeit der Industrie führen. Das Parlament werde sich mit einem Regierungsplan zu befassen haben, der eine gesteigerte Ansiedlung von Arbeitslosen auf dem Lande und die Einrichtung von großen landwirtschaftlichen Betrieben vorsieht. Pläne für den Aufkauf von Land, der Bodenmelioration und der Organisation des Absatzes von landwirtschaftlichen Produkten würden dem Parlament im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ebenfalls vorgelegt werden, außerdem würde ein Agrargesetz eingebracht und eine Vorlage zur Heraufsetzung des schulpflichtigen Alters auf 15 Jahre dem Parlament vorgelegt werden. Uebereinstimmend mit den allgemeinen Erwartungen gab König Georg in seiner Rede bekannt, daß ein Entwurf über eine Wahlrechtsreform ebenfalls dem Parlament unterbreitet werden würde. Die Vorlage, die die Ratifizierung des Washingtoner Achtstundenarbeitszeit-Abkommens und des internationalen Abkommens über die Sicherheit des Lebens auf See vorsieht, würde die Regierung gleichfalls dem Parlament vorlegen.

Die Debatte im Unterhaus

über die Thronrede wurde auf Antrag bereits heute nachmittag eröffnet. Hierbei stellte der Führer der Konservativen, der frühere Premierminister **Baldwin**, unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses einige Fragen an Macdonald. Vor allem suchte Baldwin in Erfahrung zu bringen, ob die Regierung das von Lord Irwin über die indische Verfassungsreform nach London geschickte Memorandum veröffentlichen werde. **Macdonald** beantwortete diese Frage in bejahendem Sinne. **Baldwin** richtete darauf eine andere Interpellation an Macdonald, ob er im Unterhause nähere Mitteilungen über den Gang der

Verhandlungen auf der Reichskonferenz

machen könne, da hierüber große Unklarheit bestände. **Macdonald** gab hierauf die sensationelle Erklärung ab, daß die Verhandlungen auf der Konferenz bereits jetzt schon folgende Feststellungen gezeigt haben:

Die Weltreichskonferenz habe schon zwei Tatsachen klargemacht: der sogenannte Weltreichsfreihandel sei ein absoluter Schwindel und die Forderung der Dominien nach erweiterter Vorzugsbehandlung sei nur möglich, wenn England Zölle auf Nahrungsmittel lege.

Einen Getreidezoll, wie die Mehrzahl der Dominioninnisterpräsidenten ihn wünschten, könne die englische Regierung aber nicht einführen, erklärte Macdonald unter lebhaftem Beifall der Arbeiterabgeordneten. Es gebe, nach Macdonalds Worten, auch andere gangbare Wege, die zur Hebung des internationalen Handels führten als Zölle irgendwelcher Art.

Auf eine weitere Anfrage Baldwins erklärte Macdonald weiter, die neue Palästinaerklärung der Regierung stelle keine Kehrt von der bisherigen Haltung Englands gegenüber dem Palästinamandat dar. Das Unterhaus wird nach Ankündigung des Ministerpräsidenten bis Weihnachten ungefähr sein Hauptinteresse der Ausarbeitung von Notmaßnahmen für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zuwenden.

Angriffsstimmung auch im Oberhaus.

Ebenso wie im Unterhaus entwickelte sich im Oberhaus eine Aussprache über innenpolitische Fragen, die Lord Salisbury einleitete: In der Frage der Arbeitslosigkeit habe die Regierung vollständig versagt. Sollte eine konservative Regierung ans Ruder kommen, so werde sie die Frage der Zölle sofort aufwerfen. Selbst wenn man die Dominien ganz außer acht lasse, so seien sogenannte fiskalische Zölle zur Erhöhung der Staatseinnahmen dringend notwendig. Auch der liberale Lord Reading warf der Regierung Erfolglosigkeit in der Arbeitslosenfrage vor. Das Oberhaus werde einer Aenderung des Gewerkschaftsgesetzes erst dann zustimmen können, wenn die Regierung wirklich schwerwiegende Beweisgründe dafür vorbringen könne.

Weitere Regierungsvertreter machte sodann über Weizenzölle, Palästinapolitik usw. ähnliche Ausführungen wie Macdonald vor dem Unterhaus.

Gedanken zur Agrargesetzgebung.

Von

Schlange-Schöningen, M. d. R.

Wir geben im Nachstehenden die Ausführungen des bekannten Landwirtschaftsministers wieder, ohne uns mit ihnen in allen Einzelheiten zu identifizieren. Vor allem möchten wir die Bedenken, die der Verfasser selbst gegen die Einführung des von ihm vorgeschlagenen staatlichen Einfuhrmonopols äußert, unterstreichen.

D. Red.

Der unmittelbare politische Kampf hat durch Vertagung des Reichstages eine Unterbrechung erfahren. Die Regierung hat sich noch einmal Zeit und Gelegenheit verschafft, durch großzügige Reformvorschläge, die Wirtschaft, Finanzen und Verwaltung in gleicher Weise umfassen müßten, zu zeigen, daß sie etwas will und was sie will. Ich wünschte, daß es ihr gelänge — trotz aller außerordentlichen Schwierigkeiten.

Mir selbst liegt daran, in dieser Zeit, da man im Angesicht der schnell steigenden Not immer dringender um Wege und Auswege ringt, noch einmal Gedankengänge zum Ausdruck zu bringen, die ich vor Monaten bereits an anderer Stelle in einem Artikel: „Jetzt oder nie" ausgesprochen habe. Sie betrafen die Art der Agrarhilfe und haben, wie mir scheint, durch den Gang der Dinge eine weitgehende Rechtfertigung erfahren. Ich wiederhole sie hier, nur wesentlich präzisierter, wobei ich betonen möchte, daß ich keine irgendwie parteipolitisch abgestempelte, sondern nur meine persönliche Ansicht zum Ausdruck bringe, wie ich sie mir als Mann des praktischen Wirtschaftslebens gebildet habe, der zugleich die politischen Möglichkeiten abzuschätzen versucht. Aber die Gefahren für die Landwirtschaft sind so riesengroß geworden, daß schließlich jeder nach bestem Wissen und auf jede Gefahr hin versuchen muß, an seinem Teil zur Rettung dieses grundlegenden Berufsstandes der deutschen Volkswirtschaft sachlich beizutragen.

Ich lehne es ab, ein Klagelied anzustimmen. Auch jeder Städter, mag er der Landwirtschaft noch so fremd gegenüberstehen und parteipolitisch eingestellt sein, wie er will, muß und wird begreifen, daß eine Wirtschaftsführung nicht mehr möglich ist, wenn alle Ausgaben weit über Friedenspreis gestiegen und alle Einnahmen weit unter Friedenspreis gesunken sind. Wenn die Kartoffeln statt 3 Mark 0,60 Mark und die Zuckerrüben statt 2 Mark 1 Mark kosten — um nur die beiden Grundprodukte jeder landwirtschaftlichen Kultur herauszugreifen — so ist nicht zu verwundern, daß eine geradezu verzweifelte Stimmung die Landwirte erfaßt: alle Landwirte, die kleinen ebenso wie die großen; alle Gegenden: in Sachsen ebenso wie in Pommern oder Ostpreußen. Die Wahlen sind größtenteils ein Ausdruck dieser tiefen wirtschaftlichen Depression gewesen. Sie sind ein Menetekel: die wahre Staatsgefahr liegt nicht in dem Aufkommen dieser oder jener extremen Augenblicksstimmung, sondern in der Verödung und Verzweiflung des Landes. Die Erkenntnis dafür ist endlich im Wachsen; bestes Beispiel dafür ein kürzlich erschienener Artikel des linksstehenden Sozialdemokraten Hörsing, der ebenfalls die schlimme und durchgreifende Agrarhilfe als dringendste Aufgabe in den Vordergrund stellte und der doch gewiß nicht im Verdacht agrarischer Interessenvertretung steht!

Um zu dringender die Frage, ob die Wege, die bisher gegangen wurden, überhaupt zu einem rechtzeitigen Erf-

Weiteres Steigen des Hochwassers in Schlesien.

Auch der dritte Katzbachdamm durchbrochen.

Breslau, 28. Oktober. Wie vom Observatorium Krieiern weiter mitgeteilt wird, hielten die Niederschläge in den vergangenen 24 Stunden in unverminderter Stärke an. Die Niederschlagsmengen überschritten vielfach wieder 50 Millimeter und erreichten in Bad Landeck 96 Millimeter. Da es wärmer wird, beginnen nunmehr auch die in mittleren Gebirgslagen gefallenen Schneemengen (Bad Reinerz und Bad Landeck 15 bis 20 Zentimeter, Oberschreiberhau 38 Zentimeter) zu tauen, wodurch ein weiteres Steigen des Hochwassers eintritt.

Dienstag mittag ist auch der Schutzdamm zwischen dem Frauenhag und der Umgehungsbahn bei Pfaffendorf an vier Stellen von den Fluten durchbrochen worden. Das Wasser kann ungehindert in das Gelände des Frauenhags, auf dem auch das Telegraphen- und Zeugamt steht, eindringen.

(Näheres siehe im Innern des Blattes.)